

Kleine Anfrage

der Abg. Carola Wolle AfD

und

Antwort

des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau

**Weltbank-Ranking „Doing Business“ –
Auswirkungen auf den Standort Baden-Württemberg?**

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung den aktuell 24. Platz Deutschlands in der jährlich von der Weltbank durchgeführten Studie „Doing Business“ (2016 noch auf dem 17. Platz) mit Blick auf Baden-Württemberg?
2. Sind hierdurch speziell auf Baden-Württemberg bezogen Auswirkungen (z. B. Rückgang von Investitionen etc.) feststellbar?
3. Wie sehen aktuell die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Baden-Württemberg und Mazedonien und Georgien aus, welche aktuell zu den wirtschaftsfreundlichsten Ländern der Welt gehören?
4. Welche Schritte sind nach Meinung der Landesregierung – neben dringenden Reformen – nötig, um im Ranking wieder aufzusteigen?
5. Wie bewertet sie das Thema Regulierung der Wirtschaft und gibt es hier aus ihrer Sicht auch Reformbedarf?
6. Wie beurteilt die Landesregierung die gegenwärtige Situation von Deutschland im Allgemeinen und Baden-Württemberg im Besonderen im internationalen Wettbewerb als Wirtschaftsstandort?
7. Welche Rahmenbedingungen werden aktuell geschaffen bzw. reformiert, die auf eine Verbesserung der Situation als Wirtschaftsstandort hoffen lassen?

8. Hat es auf dem Gebiet des Rankings durch Ratingagenturen (welche der Studie große Beachtung beimessen) aufgrund des Rückfalls Deutschlands in der betreffenden Studie bereits negative Auswirkungen für Baden-Württemberg gehabt?

20.11.2018

Wolle AfD

Begründung

Das regelmäßig von der Weltbank durchgeführte Länder-Ranking „Doing Business“ ist die wohl meistbeachtete Studie dieser Institution. So werden in dieser Studie zum Beispiel die Wirtschaftsfreundlichkeit oder auch die Möglichkeiten für Firmengründungen im Speziellen untersucht. In der aktuellen Studie findet man Deutschland auf dem nur noch 24. Platz – zum Vergleich 2016 lag die Bundesrepublik noch auf Platz 17. Laut dieser Studie gehören inzwischen Länder wie Georgien oder Mazedonien zu den wirtschaftsfreundlichsten Ländern der Welt und liegen somit vor Deutschland. Bezüglich der Bundesrepublik haben die Experten im letzten Jahr weder entsprechende Reformen noch Rückschritte feststellen können, was einer Stagnation gleichkommt und so den Rückfall erklärt. Diese Kleine Anfrage soll dazu dienen zu beleuchten, ob sich diese Stagnation in der Wirtschaftspolitik bereits negativ auf den Standort Baden-Württemberg ausgewirkt hat und wenn ja, in welchem Maße.

Antwort

Mit Schreiben vom 18. Dezember 2018 Nr. 66-4340.7/142/1 beantwortet das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau die Kleine Anfrage wie folgt:

- 1. Wie bewertet die Landesregierung den aktuell 24. Platz Deutschlands in der jährlich von der Weltbank durchgeführten Studie „Doing Business“ (2016 noch auf dem 17. Platz) mit Blick auf Baden-Württemberg?*

Zu 1.:

Seit 2003 vergleicht die Weltbank in ihrem jährlichen „ease of doing business“-Bericht 190 Länder hinsichtlich des regulatorischen Rahmens für Unternehmen und fasst die Ergebnisse in einem Ranking zusammen, in welchem Deutschland aktuell den 24. Platz belegt. Für eine Bewertung dieser Platzierung mit Blick auf Baden-Württemberg ist zu betrachten, ob die durch die Weltbank verwendete Methodologie zunächst eine zuverlässige, objektive und wirksame Messung des regulatorischen Rahmens für Unternehmen zulässt (Reliabilität, Objektivität, Validität) und ob diese Messung schließlich auf den Standort Baden-Württemberg übertragbar ist.

Methodologisch beruht das Weltbank-Ranking auf einem synthetischen Indikator, der sich aus 45 Einzelindikatoren zusammensetzt (z. B. „Kosten für Stromanschluss“), die wiederum elf Indikatoren-Sets zugeordnet sind (z. B. „Zugang zu Elektrizität“). Diese Einzelindikatoren werden anhand eines Fallbeispiels mit einem Fragebogen gemessen und die Messergebnisse mittels Befragungen von Experten (Wirtschaftsprüfer, Anwälte, Steuerberater usw.) in den jeweiligen Ländern angepasst.

Hinsichtlich der Reliabilität des Weltbank-Rankings ist festzustellen, dass die zugrunde liegende Methodologie laufend weiterentwickelt wird, was verlässliche Vergleiche zwischen verschiedenen Jahren und Ländern erschwert. Nicht alle Änderungen sind transparent nachvollziehbar: So kündigte der damalige Chefvolkswirt der Weltbank und diesjährige Träger des Nobel-Gedächtnispreises der Schwedischen Reichsbank („Wirtschaftsnobelpreis“) Paul Romer in einem Interview mit dem Wall Street Journal vom 12. Januar 2018 eine Revision des Rankings der vergangenen Jahre an, da methodische Anpassungen bei bestimmten Ländern zuletzt zu stark schwankenden und irreführenden Platzierungen geführt hätten. Bereits im Jahr 2008 gab die interne Evaluierungsgruppe der Weltbank („Independent Evaluation Group“, IEG) in einem Bericht teilweise Zweifel an der Zuverlässigkeit der Datenerhebung und -messung zu.

Ebenfalls sehr zurückhaltend ist die Objektivität des Weltbank-Rankings zu bewerten. So geht beispielsweise jeder Einzelindikator (bis auf zwei Ausnahmen) mit gleichem Gewicht in die Gesamtberechnung ein, was nicht weiter begründet wird und insofern willkürlich ist. Ferner spiegeln die Weltbank-Befragungen von unternehmensnahen Experten keineswegs die tatsächliche Erfahrung der betroffenen Unternehmen wider: Studien der Ökonomen Mary Hallward-Driemeier (Weltbank) und Lant Pritchett (Universität Harvard) aus den Jahren 2011 und 2015 stellen „beinahe null Korrelation“ zwischen den Experten-Befragungen und Unternehmensumfragen fest. So betrug zum Beispiel im untersuchten Zeitraum laut „ease of doing business“-Bericht die Dauer für eine Baugenehmigung im Median 177 Tage, aber befragte Firmen gaben im Median tatsächlich 30 Tage für eine Erlaubnis an, mit einer sehr hohen Varianz innerhalb der Länder.

Kritisch zu hinterfragen ist ferner die Validität des Rankings. Wenn dieses tatsächlich Rückschlüsse auf unternehmerfreundliche Rahmenbedingungen der Wirtschaftsräume zulassen soll, dann sollte der „ease of doing business index“ beispielsweise auch einen positiven statistischen Zusammenhang zu Unternehmensgründungen aufweisen, zu denen die Weltbank ebenfalls Zeitreihen veröffentlicht. Ein positiver Zusammenhang von Indikatorsausprägung und Gründungsdynamik ist jedoch nicht nachweisbar, sodass die Aussagekraft des Rankings zweifelhaft ist. Eine Schwäche des Konzepts, auf die die Weltbank in ihrem Bericht ausdrücklich hinweist, ist, dass wesentliche Aspekte außer Acht gelassen werden, wie beispielsweise die gesamtwirtschaftliche Stabilität, das Finanzsystem oder das Qualifikationsniveau der Arbeitskräfte. Bei der Interpretation der Ergebnisse ist ebenfalls zu bedenken, dass vergleichbar gelagerte Untersuchungen zu anderen Ergebnissen kommen. So hat das Weltwirtschaftsforum im Oktober seinen *Global Competitiveness Report 2018* veröffentlicht. Der Report bescheinigt Deutschland, in Sachen Wettbewerbsfähigkeit unter 140 Ländern den dritten Platz zu belegen, bei der Innovationsfähigkeit sieht der Report Deutschland sogar auf Platz 1.

Schließlich stellt die Landesregierung fest, dass die deutsche Platzierung im „ease of doing business“-Ranking nicht auf das Land Baden-Württemberg übertragbar ist. Denn die Messung der Einzelindikatoren erfolgt nicht flächendeckend oder an mehreren Standorten innerhalb der jeweiligen Länder, sondern das zugrunde liegende Fallbeispiel mit Fragebogen wird jeweils in der größten (und bei sehr bevölkerungsreichen Ländern zusätzlich in der zweitgrößten) Stadt als Referenzstandort durchgeführt. Die Weltbank räumt im „ease of doing business“-Bericht ein, dass dies insbesondere für föderale und große Volkswirtschaften, wo die Geschäftsbedingungen für Unternehmen lokal sehr unterschiedlich ausfallen können, problematisch ist. Referenzstandort der Weltbank für Deutschland ist die Stadt Berlin.

2. Sind hierdurch speziell auf Baden-Württemberg bezogen Auswirkungen (z. B. Rückgang von Investitionen etc.) feststellbar?

Zu 2.:

Nein. Die Bruttoanlageinvestitionen (neue Anlagen) erreichten 2016 mit 106 Mrd. Euro einen neuen Höchststand. Die Investitionsquote, gemessen als Anteil der Bruttoanlageinvestitionen (neue Anlagen) am Bruttoinlandsprodukt (BIP), be-

lief sich 2016 damit wie im Vorjahr auf 23,2 %. Preisbereinigt stiegen die Bruttoanlageinvestitionen um 2,5 %. Aktuellere Daten liegen bislang nicht vor.

3. Wie sehen aktuell die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Baden-Württemberg und Mazedonien und Georgien aus, welche aktuell zu den wirtschaftsfreundlichsten Ländern der Welt gehören?

Zu 3.:

Die ehemalige jugoslawische Republik (ejR) Mazedonien belegte bezogen auf das Handelsvolumen im Vergleich zu allen Handelspartnern Baden-Württembergs im Jahr 2017 den 75. Platz im Export und den 67. Platz im Import. Im Jahr 2017 wuchsen die Exporte gegenüber dem Vorjahr um 14,3 % auf 84 Mio. Euro im Jahr 2017. Das Handelsvolumen der Importe aus der ejR Mazedonien nach Baden-Württemberg stieg um 43,5 % im Vergleich zum Vorjahr und belief sich auf insgesamt 145 Mio. Euro. Die wichtigsten Exportgüter sind elektrische Ausrüstungen, Kraftwagen und Kraftwagenteile sowie Textilien. Die wichtigsten Importgüter sind elektrische Ausrüstungen, Möbel sowie Bekleidung. Trotz der guten Wachstumsraten machen Exporte in die ejR Mazedonien nur 0,04 % und Importe nur 0,09 % des baden-württembergischen Außenhandelsvolumens aus.

Georgien rangierte im Jahr 2017 unter allen Handelspartnern Baden-Württembergs auf dem 88. Platz hinsichtlich der Exporte und auf dem 99. Platz hinsichtlich der Importe. 2017 betragen die Exporte nach Georgien 44 Mio. Euro. Dagegen beliefen sich die Importe aus Georgien auf 8 Mio. Euro. Die wichtigsten Exportgüter sind Kraftwagen und Kraftwagenteile, Maschinen und pharmazeutische Erzeugnisse. Die wichtigsten Importgüter sind Erzeugnisse der Landwirtschaft und der Jagd, Nahrungs- und Futtermittel sowie Bekleidung und Getränke. Der Anteil der Exporte nach Georgien an den baden-württembergischen Gesamtausfuhren betrug im Jahr 2017 lediglich 0,02 %, während der Anteil der Einfuhren aus Georgien gemessen an den Gesamtimporten bei 0,005 % lag.

4. Welche Schritte sind nach Meinung der Landesregierung – neben dringenden Reformen – nötig, um im Ranking wieder aufzusteigen?

7. Welche Rahmenbedingungen werden aktuell geschaffen bzw. reformiert, die auf eine Verbesserung der Situation als Wirtschaftsstandort hoffen lassen?

Zu 4. und 7.:

Die Fragen zu den Ziffern 4. und 7. werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Zunächst wird nochmals auf die Einordnung unter Ziffer 1. verwiesen.

Die Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg sieht die Landesregierung als ständige Aufgabe an.

Zum Zweck der Bestandsaufnahme und mit dem Ziel, Handlungsempfehlungen daraus abzuleiten, hatte das Wirtschaftsministerium ein Standortgutachten in Auftrag gegeben („Strukturanalyse und Perspektiven des Wirtschaftsstandortes Baden-Württemberg im nationalen und internationalen Vergleich“), das im Oktober 2017 veröffentlicht wurde. In diesem Standortgutachten wurden fünf Handlungsfelder identifiziert: Innovationen fördern, Digitalisierung der Wirtschaft voranbringen, die Fachkräftebasis sichern, für eine offene Weltwirtschaft eintreten sowie den Standort Baden-Württemberg attraktiv halten und weiter stärken. An diesen Handlungsfeldern richtet sich die Wirtschaftspolitik des Landes aus.

5. Wie bewertet sie das Thema Regulierung der Wirtschaft und gibt es hier aus ihrer Sicht auch Reformbedarf?

Zu 5.:

Gemäß des „ease of doing business“-Berichts der Weltbank sollte die Regulierung der Wirtschaft so ausgestaltet werden, dass die Interaktionen auf den Märkten erleichtert werden, ohne die Entwicklung des privaten Sektors unnötig zu behindern. Diese Empfehlung der Weltbank macht sich auch die Landesregierung zu eigen.

Dies manifestiert sich beispielsweise in der Einsetzung des Normenkontrollrates, der Anfang 2018 seine Arbeit aufgenommen hat. Seit dem 1. Januar 2018 werden alle neuen Regelungsvorhaben der Landesregierung hinsichtlich des Erfüllungsaufwandes für die Normadressaten überprüft. Zudem erarbeitet der Normenkontrollrat Vorschläge zum Bürokratieabbau, mit dem Ziel der Entlastung von Bürgern, Wirtschaft und Verwaltung.

Eine weitere Maßnahme, um Unternehmen von unnötiger Bürokratie zu entlasten, liegt darin, bestehende Statistikpflichten effizienter und belastungsärmer zu gestalten. Hierzu wurde in diesem Jahr eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Reduzierung von Statistikpflichten ins Leben gerufen, in die sich das Land aktiv einbringt.

6. Wie beurteilt die Landesregierung die gegenwärtige Situation von Deutschland im Allgemeinen und Baden-Württemberg im Besonderen im internationalen Wettbewerb als Wirtschaftsstandort?

Zu 6.:

Die Wettbewerbsfähigkeit dürfte sich am ehesten daran festmachen lassen, wie stark ein Wirtschaftsraum in die internationalen Wertschöpfungsketten eingebunden ist. Aussagekräftige Indikatoren sind hier die Außenhandelszahlen, wobei die Wettbewerbsfähigkeit auf strukturellen Faktoren beruht, die von kurzfristigen konjunkturellen Faktoren überlagert werden können. Was die Ausfuhren anbelangt, belief sich der Wert der Exporte Baden-Württembergs im Jahr 2017 auf 40,6% des BIP, was deutlich über dem Durchschnitt aller Bundesländer von 30,9% liegt. Auch auf die Einwohnerzahl bezogen weist Baden-Württemberg mit einem Exportvolumen in Höhe von 18.164 Euro je Einwohner den höchsten Wert aller deutschen Flächenländer auf.

Ob dagegen das Ausmaß ausländischer Direktinvestitionen in Baden-Württemberg Rückschlüsse über die Qualität des Standorts zulässt, ist zweifelhaft. Die Landesregierung sieht zwar, dass Baden-Württemberg von Direktinvestitionen aus dem Ausland profitiert, daraus folgt aber nicht der Schluss „je mehr, desto besser“. Das optimale Ausmaß an ausländischen Direktinvestitionen hängt von den besonderen Charakteristika der in Baden-Württemberg angesiedelten Unternehmen und der besonderen Wirtschaftsstruktur des Landes ab. So war der Anteil ausländischer Direktinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt über die Zeit hinweg betrachtet in Baden-Württemberg stets geringer als jener der Bundesrepublik. Ein vergleichsweise niedriges Niveau der ausländischen Direktinvestitionen kann auch das Gegenteil von Standortproblemen signalisieren, nämlich beispielsweise ein hohes Produktivitätsniveau, das sich, gerade bei Vollbeschäftigung, in den Faktorpreisen widerspiegelt.

8. Hat es auf dem Gebiet des Rankings durch Ratingagenturen (welche der Studie große Bedeutung beimessen) aufgrund des Rückfalls Deutschlands in der betreffenden Studie bereits negative Auswirkungen für Baden-Württemberg gehabt?

Zu 8.:

Nein. Die Kreditwürdigkeit des Landes Baden-Württemberg wird regelmäßig von den Ratingagenturen Standard & Poor's und Moody's untersucht und ist aktuell mit der Bestnote bewertet.

Dr. Hoffmeister-Kraut
Ministerin für Wirtschaft,
Arbeit und Wohnungsbau